

Statement der Fraktion Pro Hemsbach zum Top 5:

„1. Änderung des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar“

Gemeinderatssitzung am 17.05.2021

Wir waren etwas überrascht über den massiven Eingriff in die Landwirtschaft und Natur. Die vorgelegte Beschlussvorlage bedeutet eine Versiegelung der heutigen landwirtschaftlichen Fläche von 44 ha, überwiegend sogar Wasserschutzgebiet. Wir stellten uns die Frage, wie der Vorschlag eines untergeordneten Verbandes, dem Regionalverband RN, also, wie dieser Vorschlag zu den Zielen unserer Landesregierung passt – BW klimaneutral zu machen. Die Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, dem Klimawandel entschieden entgegen zu treten, um unseren Kindern und Enkelkindern ein lebenswertes Umfeld zu hinterlassen.

An dieser Stelle möchte ich betonen, dass wir 1999/2000 das Anliegen hatten, rund 8 ha nördlich der L3110 als Entwicklungspotenzial für unser einheimisches Gewerbe zu entwickeln. Vor 20 Jahren muss man an dieser Stelle sagen, gab es weder die gewerbliche Entwicklung in Heddeshem und Weinheim noch Laudenbach. Dieses Anliegen wurde mit dem Hinweis „Wasserschutzgebiet“ abgelehnt.

In der Zwischenzeit sind über 20 Jahre vergangen. In den 20 Jahren hat sich die Klimaproblematik verschärft und wir haben heute einen anderen Blick auf ein „gesundes Umfeld sowie Flächenversiegelungen“.

Vor geraumer Zeit beschäftigten wir uns mit der Problematik der notwendigen Luftschneisen in unserem Wohngebiet und Vorgebirge, um ein gesundes Lebensumfeld zu erhalten bzw. es wieder durch gezielte Maßnahmen positiv zu fördern, gerade im Hinblick auf die hohen Temperaturen im Sommer. Bodenversiegelungen, Bepflanzungen wirken sich negativ auf die Belüftung und somit negativ auf das Raumklima unserer Wohngemeinde aus.

Die Wichtigkeit regionaler Versorger wurde uns mehr als deutlich in der Corona Krise vor Augen geführt. Mit den geplanten 44 ha Umwidmung von Ackerland in Gewerbefläche vernichten wir auch die Existenz unserer Landwirte. Hier stellt sich auch die Frage, ist es nicht wichtig in Bezug auf die „Klimabelastung“ mehr auf regionale Versorger zu setzen, als mit Flugzeug und LKW die Lebensmittel tausende von Kilometern quer durch Europa zu transportieren.

Rechtfertigt man diese Ausweisung mit Bedarfen von Gewerbeflächen, so stellt sich für uns die Frage, ob dies der Realität entspricht, wenn man die brach liegenden Gewerbeflächen in unserer Stadt betrachtet oder die Leerstände in der Nachbargemeinde. Auch verändern sich Produktionsprozesse in Verknüpfung mit ihren verschiedenen Produktionsstätten, was eine andere Bewertung von notwendigen Gewerbeflächen erforderlich macht.

Herr Pohl hatte ein Leerstandkataster für Gewerbeflächen und Wohnen vorgeschlagen; eventuell gibt es dazu schon eine Grundlage in der Verwaltung. Dieses sollte aktiv genutzt werden für die zukünftige innerstädtische Entwicklung. Die Verwaltung sollte sich aktiv um Leerstände kümmern. Und wenn wir von gewerblicher Entwicklung sprechen, dann sollten

wir erstmal die notwendige Highspeed Infrastruktur schaffen, damit für Planungs – und Entwicklungsbüros und andere Gewerbe die notwendige Infrastruktur vorliegt. Für uns stellt sich auch die Frage, bietet sich das FDT Gelände nicht auch an, als neuer moderner Gewerbepark mit direktem Anschluss an die KVS und Bahn.

Betrachten wir den Wohnraumbedarf, so können wir diesen mit den Flächen von, Beltz, Uhlandschulgelände, Seeweg, Kiefernweg, am Grünen Wasen und Gartenstraße voll abdecken. Mit diesen Bauflächen erfüllen wir die Forderung aus dem Stadtentwicklungsprozess nach innerstädtischer Nachverdichtung.

Wir sind der Auffassung, dass endlich Schluss sein muss mit dem enormen Flächenverbrauch. Die Forderung nach mehr Klimaschutz darf nicht länger nur ein Lippenbekenntnis sein, sondern es muss alles getan werden, um dem Klimawandel entgegenzutreten.

Auch fragen wir uns, warum bei einem so zukunftsweisenden Thema nicht die Bevölkerung mit eingebunden wird. Eingeleitet wurde dieses Verfahren Ende 2019. Genügend Zeit, um die Bürger in diese wichtige Entscheidung mit einzubinden.

Bei der Beschlussvorlage handelt es sich um zwei Planungsflächen, Fläche - Wohnen und Fläche -Gewerbe. Wir bitten über dieses beide Planungen separat abzustimmen zu lassen.

Aus den vorgenannten Gründen lehnen wir die geplanten Erweiterungsflächen auf unserer Gemarkung ab.

Fraktion Pro Hemsbach

Marlies Drissler